Beilage 10.1
zur Einladung für die
Sitzung des Gesundheits-
ausschusses vom 10. 12. 2003

Arbeitsgemeinschaft "Hospiz und Sterben in Nürnberg"

A n m e l d u n g

zur Tagesordnung der Sitzung
des Gesundheitsausschusses
vom 10. 12. 2003
- öffentlich -

I. Sachverhalt:

Im November 2001 fand die erste Sitzung der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft "Hospiz und Sterben in Nürnberg" statt (siehe TOP 10 der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom 13. 12. 01). In dieser vom Stadtrechtsdirektorium und dem Gesundheitsamt initiierten Arbeitsgemeinschaft arbeiten v. a. Mitarbeiter/-innen der Senioren- und Pflegeheime, Hospize, Kliniken, ambulanter Dienste, der Kirchen sowie des Senioren- und des Gesundheitsamtes zusammen. Das Gremium will daran mitwirken, die Realität des Sterbens in Nürnberg mit den Zielen der Hospizbewegung im Sinne eines Sterbens in Würde und Menschlichkeit besser in Einklang zu bringen. Die Arbeitsgemeinschaft tagt dreimal jährlich in einem Kreis von ca. 20 Personen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen und Aktivitäten standen bisher v. a. folgende Themenbereiche:

- Sterbebegleitung in Heimen
- Probleme der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung
- Sterben im Krankenhaus

Es soll nun auf einige Punkte näher eingegangen werden:

Sterbebegleitung in Heimen

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe wurde eine Broschüre "Sterbebegleitung in Pflegeheimen" erstellt, die als Arbeitshilfe für Pflegende in stationären Senioreneinrichtungen dienen soll (siehe Beilage 10.2). Die "Entwicklung zu einem immer späteren Einzug der BewohnerInnen in die stationären Senioreneinrichtungen mit der damit verbundenen höheren Sterberate und der Spagat der Heime zwischen den Anforderungen von Kostendeckung und sozialem Anspruch" (siehe Vorwort der Broschüre), waren Anlass, sich mit dieser Thematik intensiver zu befassen. Die Broschüre erschien unter der Herausgeberschaft der Bayerischen Stiftung Hospiz und wird nun bayernweit verteilt. Am 18. 07. 03 wurde sie unter Mitwirkung von Frau Staatsministerin Christa Stewens der Öffentlichkeit vorgestellt.

Probleme der ambulanten palliativmedizinischen Versorgung

Was die häusliche Versorgung betrifft, wird ein kooperatives Vorgehen der Dienste (v.a. Schmerambulanz, Pflegedienste) als wichtig angesehen. Gestärkt werden sollten auch Beratungs- und Vermittlungsangebote (z.B. über die zentrale Anlaufstelle Pflege - ZAPF), um Betroffenen niedrigschwellig den Überblick über Angebote zu erleichtern.

In der Schmerztherapie besteht nach Expertenmeinung noch immer eine ca. 50 %ige Unterversorgung. Auch Kostenfragen können hier eine Rolle spielen: Nicht alle niedergelassenen Ärzte/-innen wissen, dass die Leistungen für Schmerztherapie aus dem Budget herausgenommen wurden. Die Kassenärztliche Vereinigung will darauf hinwirken, die Information der Ärzte/-innen über die Budgetregelungen hinsichtlich der palliativmedizinischen Versorgung weiter zu verbessern.
Ein Problem können auch psychosoziale Barrieren darstellen, z.B. die Scheu mancher Ärzte/-innen vor dem Umgang mit Sterbenden. Im stationären Pflegebereich kann dies auch zu einer schnelleren Einweisung ins Krankenhaus führen; sogar aus Hospizen kommen Klinikeinweisungen vor.

Was die Schmerzmittelversorgung betrifft, gibt es Probleme bei der Schmerzmittelbevorratung der Apotheken am Wochenende. Seitens der ambulanten Dienste wird beklagt, dass es am Wochenende oft sehr schwierig sei, eine Apotheke zu finden, die bestimmte BtM-verschreibungspflichtige Schmerzmittel vorrätig haben. Davon seien Patienten/-innen im ambulanten Bereich betroffen, aber auch Patienten/-innen, die an einem Freitag aus dem Krankenhaus entlassen werden. Auch die Landesapothekenkammer sieht, dass es hier einen Lösungsbedarf gibt. So könnte z.B. ein rechtzeitiger Kontakt zwischen verschreibendem Arzt und Apotheke derartige Probleme schon im Vorfeld verhindern. In Zusammenarbeit zwischen Apothekenkammer und Ärzteverbänden soll nun versucht werden, zu einer Verbesserung der Situation zu gelangen.

Sterben im Krankenhaus

Auf der letzten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft waren verschiedene Gäste, v. a. aus dem Bereich der Krankenhausseelsorge, eingeladen, um über die Situation Sterbender in verschiedenen Nürnberger Kliniken zu diskutieren. Es zeigte sich, dass von sehr unterschiedlichen Verhältnissen auszugehen ist, die sich sogar von Abteilung zu Abteilung unterscheiden. Nicht immer ist ein separates Zimmer für sterbende Patienten/-innen gewährleistet; auch Übernachtungsmöglichkeiten für Angehörige sind nicht immer vorgesehen. Hier geht es um strukturelle Probleme, die nur in Kooperation mit den Klinikleitungen lösbar sind.: Die Arbeitsgemeinschaft wird entsprechende Kontakte knüpfen, damit an dieser wichtigen Thematik weitergearbeitet werden kann.

II. Beschlussvorschlag: entfällt, da Bericht.

III. Beilage:
- Broschüre "Sterbebegleitung in Pflegeheimen"

IV. Herrn OBM

V. SRD/Gh

Am
SRD